



## Das Entscheidende

Informationen aus dem Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialrecht

November 2021

### Inhalt

1. Zinsvereinbarung in Prämiensparverträgen
2. Herkunftsnachweis bei Bar-Einzahlungen über 10.000 €
3. Fehlverhalten eines Gesellschafter-Geschäftsführers
4. Entzug eines Wochenmarktstandplatzes bei Nichtbeachtung der Öffnungszeiten
5. Erschütterung des Beweiswerts einer Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung
6. Anforderungen an ein Mieterhöhungsverlangen
7. Altersklausel bei betrieblicher Altersversorgung
8. Vereinbarung einer Platz-/Reservierungsgebühr für die Zeit vor dem Einzug in das Pflegeheim
9. Meldungen für kurzfristige Minijobs ab 2022
10. Vereinbarung über die Kosten des Verfahrens bei einer Scheidung
11. Erbschaft – Auskunftsanspruch beinhaltet keinen Anspruch auf Belegvorlage

Aktuelle Kanzlei-News | Impressum

## 1. Zinsvereinbarung in Prämiensparverträgen

Der Bundesgerichtshof (BGH) hatte in einem Musterfeststellungsverfahren mit der Wirksamkeit von Zinsänderungsklauseln in Prämiensparverträgen zu entscheiden. Im entschiedenen Fall schloss eine Sparkasse seit dem Jahr 1994 mit Verbrauchern sog. Prämiensparverträge ab, die eine variable Verzinsung der Spareinlage und ab dem dritten Sparjahr eine der Höhe nach – bis zu 50 % der jährlichen Spareinlage ab dem 15. Sparjahr – gestaffelte verzinsliche Prämie vorsahen. In den Vertragsformularen heißt es u. a.: „Die Spareinlage wird variabel, zzt. mit .. % p.a. verzinst.“ In den „Bedingungen für den Sparverkehr“ heißt es weiter: „Soweit nichts anderes vereinbart ist, vergütet die Sparkasse dem Kunden den von ihr jeweils durch Aushang im Kassenraum bekannt gegebenen Zinssatz. Für bestehende Spareinlagen tritt eine Änderung des Zinssatzes, unabhängig von einer Kündigungsfrist, mit der Änderung des Aushangs in Kraft, sofern nichts anderes vereinbart ist.“

Die BGH-Richter entschieden dazu, dass die Klausel in Bezug auf die Ausgestaltung der Variabilität der Verzinsung von Spareinlagen unwirksam ist. Sie weisen nicht das erforderliche Mindestmaß an Kalkulierbarkeit möglicher Zinsänderungen auf. Die Zinsanpassungen sind monatlich und unter Beibehaltung des anfänglichen relativen Abstands des Vertragszinssatzes zum Referenzzinssatz (Verhältnismethode) vorzunehmen.

Ferner stellte der BGH klar, dass die Ansprüche auf weitere Zinsbeträge aus den Sparverträgen frühestens ab dem Zeitpunkt der Vertragsbeendigung fällig werden. Die Verjährung beginnt also erst ab diesem Zeitpunkt.

Bezüglich des Referenzzinssatzes hat der BGH die Sache an das Oberlandesgericht Dresden zurückverwiesen. Dieses muss nun einen geeigneten Referenzzinssatz festsetzen.

## 2. Herkunftsnachweis bei Bar-Einzahlungen über 10.000 €

Bei Bar-Einzahlungen von mehr als 10.000 € bei der Hausbank muss ein Nachweis über die Herkunft der Summe möglich sein. Bei einer anderen Bank als der Hausbank gilt die Regelung schon ab 2.500 €. Das gilt auch, wenn die Einzahlung gestückelt vorgenommen und dabei der Betrag von 10.000 € bzw. 2.500 € insgesamt überschritten wird. Darunter fallen beispielsweise auch der Kauf von Edelmetallen wie Gold oder der Währungsumtausch. Bei regelmäßigen Einzahlungen geht die Bank nicht von einer gestückelten Einzahlung aus und verzichtet auf den Herkunftsnachweis. Allerdings wird technisch geprüft, ob sog. „Smurfing“ vorliegt. Dabei sollen Beträge, indem sie gestückelt eingezahlt werden, kleiner wirken als sie sind. Kann kein Herkunftsnachweis erbracht werden, muss die Bank das Geschäft unter Umständen ablehnen.

Zum Nachweis der Herkunft dienen laut der Finanzdienstleistungsaufsicht Bafin z. B.:

- ▶ aktueller Kontoauszug bzgl. eines Kontos des Kunden bei einer anderen Bank oder Sparkasse, aus dem die Barauszahlung hervorgeht
- ▶ Quittungen von Barauszahlungen einer anderen Bank oder Sparkasse
- ▶ Sparbuch des Kunden, aus dem die Barauszahlung hervorgeht
- ▶ Verkaufs- und Rechnungsbelege (z. B. Belege zum Auto- oder Edelmetallverkauf)
- ▶ Quittungen über Sortengeschäfte
- ▶ letztwillige Verfügung, Testament, Erbschein oder ähnliche Erbnachweise
- ▶ Schenkungsverträge oder Schenkungsanzeigen

Geschäftskunden sind i. d. R. nicht zur Erbringung eines Herkunftsnachweises verpflichtet, da sie häufiger größere Geldbeträge in bar bei der Bank einzahlen. Ein Nachweis kann nur nötig werden, wenn die Bartransaktion wesentlich vom übrigen Einzahlungsverhalten abweicht.

### 3. Fehlverhalten eines Gesellschafter-Geschäftsführers

Ein Fehlverhalten als Gesellschafter-Geschäftsführer kann auch die Einziehung des Geschäftsanteils rechtfertigen. Dies gilt aber nur dann, wenn aufgrund der Pflichtverletzung als Geschäftsführer auch ein Verbleiben desselben als Gesellschafter den übrigen Gesellschaftern unzumutbar wird, etwa weil durch das Fehlverhalten das Vertrauensverhältnis der Gesellschafter so nachhaltig zerrüttet wird, dass eine gedeihliche Zusammenarbeit auch auf dieser Ebene ausgeschlossen erscheint, oder weil Treuepflichten schwerwiegend verletzt wurden.

Das Oberlandesgericht München (OLG) hatte in einem Fall zu entscheiden, in dem ein Geschäftsführer eine große Anzahl geheimhaltungsbedürftiger Firmendaten auf einen Laptop und ein weiteres Speichermedium heruntergeladen hatte. Daraufhin kündigte die Gesellschaft den Geschäftsführer-anstellungsvertrag fristlos und rief ihn als Geschäftsführer ab.

Der Geschäftsführer verschaffte sich, nach Auffassung des OLG, Daten, auf die er ohnehin Zugriff hatte bzw. wesentliche Daten aus seiner Geschäftsführertätigkeit, die er auch ohne Download kannte. In der Gesamtschau reichte dies nicht, um (auch) die Einziehung der Geschäftsanteile zu begründen.

### 4. Entzug eines Wochenmarktstandplatzes bei Nichtbeachtung der Öffnungszeiten

Aus der Festsetzung der Öffnungszeiten für einen Wochenmarkt ergibt sich die Verpflichtung der Markthändler, bei Öffnung des Marktes verkaufsbereit zu sein.

In einem Fall aus der Praxis war ein Markthändler bei Öffnung des Marktes um 8:00 Uhr wiederholt nicht verkaufsbereit. Daraufhin wurde ihm der Standplatz entzogen. Dagegen erhob der Markthändler Klage.

Die Richter des Oberverwaltungsgerichts Berlin kamen zu der Entscheidung, dass ihm der Standplatz entzogen werden durfte. Sie führten aus, dass dem Händler wegen der wiederholten Nichtbeachtung von bzw. wegen des Hinwegsetzens über Anordnungen und grundlegende Regeln/Obliegenheiten bei der Teilnahme an einem Wochenmarkt ein vorsätzliches Handeln und mangelndes Problembewusstsein unterstellt werden konnte. Es war nicht zu erwarten, dass sich sein Verhalten in Zukunft nachhaltig ändert, sodass zu befürchten war, dass der Marktfrieden hierdurch weiter erheblich gestört wird.

## 5. Erschütterung des Beweiswerts einer Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung

Kündigt ein Arbeitnehmer sein Arbeitsverhältnis und wird er am Tag der Kündigung arbeitsunfähig krankgeschrieben, kann dies den Beweiswert der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (AU-Bescheinigung) insbesondere dann erschüttern, wenn die bescheinigte Arbeitsunfähigkeit (AU) passgenau die Dauer der Kündigungsfrist umfasst.

Dieser Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts vom 8.9.2021 lag der nachfolgende Sachverhalt zugrunde: Eine Arbeitnehmerin kündigte am 8.2.2019 zum 22.2.2019 und legte ihrem Arbeitgeber eine auf den 8.2.2019 datierte AU-Bescheinigung vor. Der Arbeitgeber verweigerte die Entgeltfortzahlung mit der Begründung, dass der Beweiswert der Bescheinigung erschüttert sei, weil diese genau die Restlaufzeit des Arbeitsverhältnisses nach der Eigenkündigung der Arbeitnehmerin abdecke. Diese hat demgegenüber geltend gemacht, sie sei ordnungsgemäß krankgeschrieben gewesen und habe vor einem Burnout gestanden.

Eine AU-Bescheinigung ist das gesetzlich vorgesehene Beweismittel für das Vorliegen einer Arbeitsunfähigkeit. Dessen Beweiswert kann der Arbeitgeber erschüttern, wenn er tatsächliche Umstände darlegt und ggf. beweist, die Anlass zu ernsthaften Zweifeln an der AU geben. Gelingt das dem Arbeitgeber, muss der Arbeitnehmer substantiiert darlegen und beweisen, dass er arbeitsunfähig war. Die Koinzidenz zwischen der Kündigung vom 8.2. zum 22.2.2019 und der am 8.2. bis zum 22.2.2019 bescheinigten Arbeitsunfähigkeit begründet einen ernsthaften Zweifel an der bescheinigten AU.

## 6. Anforderungen an ein Mieterhöhungsverlangen

Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch kann der Vermieter die Zustimmung zu einer Erhöhung der Miete bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete verlangen, wenn die Miete in dem Zeitpunkt, zu dem die Erhöhung eintreten soll, seit 15 Monaten unverändert geblieben ist. Das Erhöhungsverlangen ist dem Mieter in Textform zu erklären und zu begründen, wobei zur Begründung auf einen Mietspiegel Bezug genommen werden kann.

Der vom Vermieter zur Begründung seines Erhöhungsverlangens herangezogene Mietspiegel muss jenem Schreiben nicht beigelegt werden, wenn es sich um einen – etwa durch Veröffentlichung im Amtsblatt – allgemein zugänglichen Mietspiegel handelt. Dies ist auch dann zu bejahen, wenn der Mietspiegel gegen eine geringe Schutzgebühr (etwa 3 €) von privaten Vereinigungen an jedermann abgegeben wird.

Auch die sich aus dem Mietspiegel ergebende Mietpreisspanne muss der Vermieter zur Erfüllung der formellen Voraussetzungen nicht in jedem Fall angeben. Als entbehrlich hat der Bundesgerichtshof diese Angabe ausdrücklich angesehen, wenn der Vermieter, der sein Erhöhungsverlangen auf einen Mietspiegel stützt, der in Form von Tabellenfeldern für Wohnungen einer bestimmten Kategorie jeweils eine bestimmte Mietpreisspanne ausweist, das seiner Auffassung nach einschlägige Mietspiegelfeld mitteilt. Denn in diesem Fall kann der Mieter die maßgebliche Mietpreisspanne dem betreffenden Mietspiegel ohne Weiteres entnehmen.

## 7. Altersklausel bei betrieblicher Altersversorgung

Eine Versorgungsregelung kann wirksam Beschäftigte von Leistungen der betrieblichen Altersversorgung ausschließen, die bei Beginn des Arbeitsverhältnisses das 55. Lebensjahr bereits vollendet haben. Diese Höchstaltersgrenze stellt weder eine ungerechtfertigte Benachteiligung wegen des Alters noch eine solche wegen des weiblichen Geschlechts dar. Zu dieser Entscheidung kam das Bundesarbeitsgericht mit Urteil vom 21.9.2021.

## 8. Vereinbarung einer Platz-/Reservierungsgebühr für die Zeit vor dem Einzug in das Pflegeheim

Die Vereinbarung einer Platz-/Reservierungsgebühr für die Zeit vor dem tatsächlichen Einzug des Pflegebedürftigen in das Pflegeheim ist unzulässig. Der Bundesgerichtshof hat in seinem Urteil v. 15.7.2021 entschieden, dass dies auch für Privatversicherte gilt.

Es ist mit den Regelungen im Sozialgesetzbuch unvereinbar, eine Platz- oder Reservierungsgebühr auf der Basis des vertraglichen Leistungsentgelts – ggf. vermindert um pauschalierte ersparte Aufwendungen – für die Zeit vor der Aufnahme des Pflegebedürftigen in das Pflegeheim bis zum tatsächlichen Einzugstermin vertraglich festzulegen.

## 9. Meldungen für kurzfristige Minijobs ab 2022

In den Anmeldungen für kurzfristig Beschäftigte (Personengruppe 110) muss der Arbeitgeber für Meldezeiträume nach dem 1.1.2022 angeben, wie die Aushilfe für die Dauer der Beschäftigung krankenversichert ist.

In einem neuen Feld „KENNZEICHEN KRANKENVERSICHERUNG (KENNZKV)“ muss bei der Anmeldung mit Abgabegrund „10“ und auch bei gleichzeitiger An- und Abmeldung mit Abgabegrund „40“ Kennzeichen „1“ oder „2“ eingetragen werden.

- ▶ **Kennzeichen „1“:** Beschäftigter ist gesetzlich krankenversichert. Krankenversicherungsschutz bei einer gesetzlichen Krankenkasse in Deutschland (z. B. als Rentenbezieher oder Student), einer freiwilligen Krankenversicherung oder einer Familienversicherung.
- ▶ **Kennzeichen „2“:** Beschäftigter ist privat krankenversichert oder anderweitig im Krankheitsfall abgesichert.

**Bitte beachten Sie!** Einen Nachweis über den Krankenversicherungsschutz muss der Arbeitgeber in die Entgeltunterlagen des kurzfristig beschäftigten Arbeitnehmers ab dem 1.1.2022 aufnehmen.

## 10. Vereinbarung über die Kosten des Verfahrens bei einer Scheidung

Haben die Beteiligten in einer Scheidungs- oder Folgesache eine Vereinbarung über die Kosten des Verfahrens getroffen, so hat das Familiengericht diese Vereinbarung in seiner Kostenentscheidung im Regelfall zugrunde zu legen und darf hiervon nur abweichen, wenn schwerwiegende Gründe vorliegen, die es rechtfertigen, die Kosten gegen den Willen der Beteiligten auf andere Weise als vereinbart zu verteilen.

Die für eine Abweichung vom Regelfall maßgeblichen Gründe sind durch das Familiengericht in der Begründung der Kostenentscheidung darzulegen.

## 11. Erbschaft – Auskunftsanspruch beinhaltet keinen Anspruch auf Belegvorlage

Der Pflichtteilsberechtigte hat im Rahmen des Auskunftsanspruchs zu Pflichtteils- und Pflichtteilsergänzungsansprüchen grundsätzlich keinen Anspruch auf Vorlage von Belegen. Eine Pflicht zur Vorlegung von Belegen besteht ausnahmsweise dann, wenn ein Unternehmen zum Nachlass gehört und die Beurteilung seines Wertes ohne Kenntnis insbesondere der Bilanzen und ähnlicher Unterlagen dem Pflichtteilsberechtigten nicht möglich wäre.

Des Weiteren kann eine Vorlage von Belegen ausnahmsweise auch dann gefordert werden, wenn der Wert einzelner Nachlassgegenstände ungewiss und die Vorlage einzelner Unterlagen erforderlich ist, damit der Pflichtteilsberechtigte den Wert der Gegenstände selbst abschätzen kann.

## Aktuelle Kanzlei-News

### Update zum Dieselskandal: Immer noch Ansprüche gegen VW trotz Verjährung!

Unter bestimmten Voraussetzungen können Käufer eines Fahrzeuges, in dem ein Motor des Typs EA189 eingebaut ist, auch heute noch Ansprüche gegen Volkswagen wegen der Manipulation der Steuerungssoftware geltend machen.

Grundsätzlich sind die Schadensersatzansprüche wegen arglistiger sittenwidriger Schädigung gegen VW spätestens Ende 2019 verjährt.

Gemäß § 852 S. 1 BGB hat ein Schädiger aber, sofern er durch eine unerlaubte Handlung auf Kosten des Geschädigten etwas erlangt hat, auch nach Eintritt der Verjährung des Anspruchs auf Ersatz des aus einer unerlaubten Handlung entstandenen Schadens, das Erlangte nach den Vorschriften über die Herausgabe einer ungerechtfertigten Bereicherung zu erstatten. Dieser Anspruch verjährt seinerseits in zehn Jahren von seiner Entstehung an.

Als erlangt in diesem Sinne ist vorliegend der Kaufpreis anzusehen, den die Beklagte aus der Veräußerung des Fahrzeugs erzielt hat (OLG Stuttgart, Urteil vom 09.03.2021, 10 U 339/20; LG Magdeburg, Urteil vom 25.06.2020, 10 O 1856/19; LG Kiel, Hinweisbeschluss vom 02.07.2020, 17 O 124/20; LG Karlsruhe, Urteil vom 04.12.2020, 4 O 195/20; LG Trier, Hinweisbeschluss vom 08.10.2020, 5 O 173/20; LG Nürnberg-Fürth, Urteil vom 09.03.2021, 9 O 7845/20 etc.).

Ob dies nur bei dem Kauf von Neufahrzeugen oder auch beim Kauf eines gebrauchten Fahrzeuges gilt, ist bislang in der Rechtsprechung umstritten.

Unsere Expertin, Frau Rechtsanwältin Elisabeth Hohenhaus, die sowohl Fachanwältin für Verkehrsrecht als auch Fachanwältin für Versicherungsrecht ist, berät Sie gerne, sofern Sie Fragen haben oder Ansprüche durchsetzen wollen.



#### **Elisabeth Hohenhaus**

Rechtsanwältin

Fachanwältin für Verkehrsrecht

Fachanwältin für Versicherungsrecht

Tel.: +49 228 62092-40

E-Mail: [hohenhaus@ehm-kanzlei.de](mailto:hohenhaus@ehm-kanzlei.de)

### EHM erneut gegen Justizministerium NRW erfolgreich

Erneut hat das Verwaltungsgericht Köln in einer Eilentscheidung, die von den Rechtsanwälten Eimer Heuschmid Mehle in Person von Rechtsanwalt Wolfgang Albers beantragt worden ist, die Besetzung einer Stelle der Leitung einer Justizvollzugsanstalt als rechtswidrig aufgehoben und dem Justizministerium aufgegeben, die Auswahlentscheidung nach der Auffassung des Gerichts erneut zu treffen. Nach der erneuten Entscheidung des Verwaltungsgerichts wurde die Beamtin nunmehr zum 01.09.2021 vom Justizministerium zur Leiterin der Justizvollzugsanstalt ernannt.

Bereits die vorangegangene Entscheidung des Justizministeriums war vom Verwaltungsgericht Köln auf Antrag unseres Kollegen Herrn Rechtsanwalt Wolfgang Albers in einer Eilentscheidung (19 L 1132/20) aufgehoben worden. Wir berichteten darüber in der Ausgabe 12/2020 EHM Das Entscheidende (<https://www.ehm-kanzlei.de/assets/7ae9b0a3f9/EHM-Das-Entscheidende-2020-12.pdf> ).

Nachdem das Justizministerium wiederum dieselbe Person für die Anstaltsleitung ausgesucht hatte, haben wir erneut das Verwaltungsgericht im Eilverfahren angerufen. Das Justizministerium hatte zwar erneute Beurteilungen für das neue Auswahlverfahren erstellt, dabei jedoch weder das Endurteil noch die Begründung in nachvollziehbarer Art geändert.

Die Entscheidung wurde daher wiederum vom Verwaltungsgericht (19 L 242/21) aufgehoben. Die Beurteilung, nach der die Stelle besetzt werden sollte, war rechtsfehlerhaft und die darin enthaltenen Wertungen teilweise nicht plausibel und nachvollziehbar, so das VG Köln. Insbesondere blieben Zweifel,

ob das Justizministerium seine eigenen Beurteilungsmaßstäbe in Form der Beurteilungsgrundsätze eingehalten habe. Dies gelte insbesondere deshalb, da die rechtswidrige Beurteilung plötzlich sehr viel besser ausgefallen sei, als vorherige Beurteilungen. Dieser „Notensprung“ sei weder begründet noch plausibel gemacht worden.

Darüber hinaus sei die vergebene Note in der Beurteilung nur für eine bestimmte Gruppe von Beamten vorgesehen, der die beurteilte Person jedoch nicht angehört. Warum an dieser Stelle eine besonders herausgehobene Note vergeben worden sei, habe das Ministerium auch in diesem Fall nicht deutlich gemacht. Auch habe es unterlassen, die Beurteilungen jeweils vergleichbar zu machen.

Die Entscheidung sei auch deshalb rechtswidrig, da die Beurteilung ein entsprechendes Merkmal, nämlich das Führungsverhalten und die Führungskompetenz, nicht enthalte, diese Fähigkeiten naturgemäß jedoch für die Leitung einer Behörde entscheidend sei.

Letztendlich hat das Gericht auch Zweifel an einem erforderlichen Qualitätsvergleich zwischen den Beurteilungen, da diese sehr unterschiedliche Zeiträume umfassten.

All diese Gründe haben das Verwaltungsgericht bewogen, die Entscheidung des Justizministeriums zur Besetzung der Amtsleitungsstelle einer Justizvollzugsanstalt erneut aufzuheben, so dass das Justizministerium nunmehr die Stelle, die seit dem 15. Februar 2020 zur Neubesetzung ausgeschrieben ist, erneut besetzen muss.

## Aktuelle Kanzlei-News

Die Rechtsanwaltskanzlei Eimer Heuschmid Mehle in Person unseres Kollegen Herrn Rechtsanwalt Wolfgang Albers hat auch in diesem Verfahren die Beamtin vertreten, die bei der Auswahlentscheidung zunächst unterlegen war. Das Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen hat nach dieser zweiten Niederlage vor dem Verwaltungsgericht Köln nunmehr zum 01.09.2021 unsere Mandantin zur Anstaltsleiterin der Justizvollzugsanstalt ernannt.

Beide Entscheidung des Verwaltungsgerichts Köln sind sowohl in dem Rechtsportal „juris“ als auch in der Rechtsprechungssammlung „beck – online“ veröffentlicht.

Wir freuen uns sowohl für unsere Mandantin als auch für unseren Kollegen, Rechtsanwalt Wolfgang Albers, dass ein solch großartiges Ergebnis erreicht werden konnte.



### **Wolfgang Albers**

Rechtsanwalt  
Polizeipräsident a.D.  
Tel.: +49 228 62092-38  
E-Mail: [albers@ehm-kanzlei.de](mailto:albers@ehm-kanzlei.de)

### **Rechtsanwalt Martin Heinemeyer als Fachanwalt für Erbrecht ausgezeichnet**

Die Rechtsanwaltskammer Köln hat unserem Kollegen Martin Heinemeyer aufgrund seiner besonderen theoretischen Kenntnisse sowie seiner besonderen praktischen Erfahrung gestattet, die Bezeichnung „Fachanwalt für Erbrecht“ zu führen.

Wir freuen uns, dass unser Kollege auf diese Art und Weise ausgezeichnet worden ist. Damit verfügen wir im Bereich des Erbrechts jetzt über 3 Fachanwälte. Wir haben damit auf diesem Rechtsgebiet ein schlagkräftiges und hoch qualifiziertes Team, welches in der Lage ist, die Mandanten tatkräftig zu unterstützen und die relevanten und vielfältigen juristischen Probleme in diesem Bereich zu lösen.

Unser hoch qualifiziertes und ausgezeichnetes Team im Erbrecht ist damit ganz im Sinne der Rechtssuchenden stark aufgestellt.



### **Martin Heinemeyer**

Rechtsanwalt  
Fachanwalt für Familienrecht  
Fachanwalt für Erbrecht  
Tel.: +49 228 62092-32  
E-Mail: [heinemeyer@ehm-kanzlei.de](mailto:heinemeyer@ehm-kanzlei.de)

## Kurz notiert

### **Basiszinssatz (§ 247 Abs. 1 BGB):**

seit 1.7.2016 = -0,88 %;

1.1.2015 – 30.6.2016 = -0,83 %;

1.7.2014 – 31.12.2014 = -0,73 %

Ältere Basiszinssätze finden Sie im Internet unter: [www.bundesbank.de](http://www.bundesbank.de) und dort unter „Basiszinssatz“.

### **Verzugszinssatz (§ 288 BGB seit 1.1.2002):**

Rechtsgeschäfte mit Verbrauchern: Basiszinssatz +5 Prozentpunkte;

Rechtsgeschäfte mit Nichtverbrauchern

(abgeschlossen bis 28.7.2014): Basiszinssatz +8 Prozentpunkte;

Rechtsgeschäfte mit Nichtverbrauchern

(abgeschlossen ab 29.7.2014): Basiszinssatz +9 Prozentpunkte;

zzgl. 40 € Pauschale

### **Verbraucherpreisindex (2015 = 100):**

2021: September = 110,1; August = 110,1; Juli = 110,1; Juni = 109,1;

Mai = 108,7; April = 108,2; März = 107,5; Februar = 107,0; Januar = 106,3

2020: Dezember = 105,5; November = 105,0; Oktober = 105,9

Ältere Verbraucherpreisindizes finden Sie im Internet unter:  
[www.destatis.de](http://www.destatis.de) – Zahlen und Fakten – Konjunkturindikatoren

Bitte beachten Sie, dass dieses Informationsschreiben eine individuelle Beratung nicht ersetzen kann! Eventuelle Änderungen, die nach Ausarbeitung dieses Schreibens erfolgen, werden erst in der nächsten Ausgabe berücksichtigt. Trotz sorgfältiger und gewissenhafter Bearbeitung aller Beiträge übernehmen wir keine Haftung für den Inhalt.

## Impressum

**Eimer Heuschmid Mehle**  
Rechtsanwälte Partnerschaft mbB  
Friedrich-Breuer-Straße 112  
53225 Bonn  
Telefon +49 228 62092-0  
Fax +49 228 460708  
[kontakt@ehm-kanzlei.de](mailto:kontakt@ehm-kanzlei.de)  
[www.ehm-kanzlei.de](http://www.ehm-kanzlei.de)